Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

Respekt – das ist für Olaf Scholz zentrales Thema, das stand im Mittelpunkt seiner Kampagne und steht im Zentrum seiner Politik. Respekt hat auch der demokratische Machtwechsel in unserem Land bei vielen Beobachtern ausgelöst, und der konstruktive und vertrauliche Stil der Koalitionsverhandlungen hat viele beeindruckt. Nun steht die neue Regierung und die neuen Ausschüsse haben sich konstituiert. Auch wenn die Übergangsphase in der Pandemiepolitik etwas holprig war – der Beginn der Zusammenarbeit in dieser Ampelkoalition macht zuversichtlich. Jetzt ist die Zeit, aufzubrechen mit einem in die Zukunft gerichteten Blick!

Besonders freue ich mich darüber, dass ich diesen Aufbruch als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion mitgestalten werde. Ich freue mich darüber, dass die AG mir einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen und mich wie meine Fraktion in dieses herausfordernde und verantwortungsvolle Amt gewählt hat. Nicht erst seit Corona ist die Gesundheitspolitik ein komplexes und vielfältiges Feld, für das wir uns im Koalitionsvertrag viel vorgenommen haben. Meine Herzensthemen Pflege und Globale Gesundheit werde ich weiterhin intensiv beackern, aber mich auch für gute und wohnortnahe Versorgung stark machen, für Prävention und Gesundheitsschutz, für Digitalisierung im Gesundheitswesen und Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes – um einen kleinen Teil der Themen zu nennen, die mich, unsere Fraktion und diese Bundesregierung beschäftigen werden. Als aller erstes steht für mich und mein Team aber ein kleiner Umzug an: Denn mit der neuen Rolle kommen auch neue Räumlichkeiten. Es geht zwar nur zwei Häuser weiter ins Jakob-Kaiser-Haus, aber ein paar Mal verlaufen werden wir uns bestimmt.

Gesundheitspolitik betrifft uns alle – besonders in diesen Zeiten. Die aktuell sinkenden Infektionszahlen machen Hoffnung darauf, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Weiterhin gilt es aber, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um die Pandemie einzudämmen. Jeder und Jede kann einen Beitrag dazu leisten, dass wir es schaffen – durch eine Impfung, durch bewährte Vorsicht und Rücksicht, durch Gespräche mit denen, die es beim Impfen noch zu überzeugen gilt. In diesem Sinne: Geben wir weiter auf einander Acht. Dann können wir auch mit Zuversicht ins kommende Jahr blicken. Bis dahin wünsche auch Euch und Ihnen eine erholsame Zeit, frohe Feiertage und einen guten und gesunden Start ins neue Jahr.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Impfpflicht – ja oder nein?

Der Deutsche Bundestag hat eine einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen. Dabei geht es nicht um eine „Impfpflicht für Pflegekräfte“, wie manchmal gesagt wird. Vielmehr richtet sie sich an alle Beschäftigten in medizinischen und sensiblen Bereichen. Arztpraxen und Rettungssanitäter sind genauso einbezogen wie Krankenhäuser und ambulante Operationszentren und natürlich auch Hauswirtschafts- und Reinigungspersonal in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Wer auf das Leben in einer Gemeinschaftseinrichtung angewiesen ist, kann sich oft nur bedingt selbst schützen. Enge Kontakte mit wechselnden Personen lassen sich kaum vermeiden. Besonders verletzliche Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Beschäftigten, die sie versorgen, alles tun, um sie vor Ansteckung zu schützen. Denn es hat sich gezeigt: Akut kranke, vorerkrankte oder hochaltrige Menschen haben ein erhöhtes Risiko, auch trotz Impfung und dem damit vorgenommenem Selbstschutz bei einer Infektion einen schweren Verlauf zu erleben. Deswegen war die einrichtungsbezogene Impfpflicht dringend notwendig.

Viele äußern die Sorge, dass die Impfpflicht den Personalmangel vor allem in der Pflege verstärkt. Erste Berichte aus anderen Ländern mit berufsbezogener Impfpflicht lassen aber hoffen, dass nur wenige sich deshalb aus ihrem Beruf zurückziehen werden. Ich vertraue sehr auf das Verantwortungsbewusstsein der Berufsgruppen, die im medizinischen und pflegerischen Bereich arbeiten. Sie tragen heute schon besondere Verantwortung, der sie sicher auch jetzt gerecht werden. Bis Mitte März muss nun ein vollständiger Impfschutz nachgewiesen werden, so dass sich alle Betroffenen jetzt um ihre Impftermine kümmern sollten.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht haben wir angesichts der dramatischen Infektionslage und der Situation auf den Intensivstationen relativ kurzfristig eingeführt. Die Debatte über eine allgemeine Impfpflicht wird breiter und länger geführt werden. Denn eine solch weitreichende Entscheidung muss sorgfältig abgewogen werden. Auch aktuelle Entwicklungen wie die sich momentan andeutende Impfstoffverknappung werden wir dabei mit einbeziehen müssen.

Die meisten von uns haben eine Impfpflicht lange Zeit ausgeschlossen – auch ich bin fest davon ausgegangen, dass sie nicht nötig sein würde. Ich konnte mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass so viele Menschen den sicheren, wirksamen und kostenlos zugänglichen Schutz durch eine Impfung nicht in Anspruch nehmen. Noch vor einem Jahr diskutierten wir vor allem darüber, wie wir das Recht aller auf Impfschutz gewährleisten können. Es ging um Verfügbarkeit, um Impfreihenfolgen, um gerechte Verteilung. Und auch um den Vorrang der Berufsgruppen, die wir jetzt mit in die Pflicht nehmen. Wir hätten es als Gesellschaft eigentlich in der Hand gehabt, uns besser vor den immer wiederkehrenden Wellen zu schützen. Heute, wo die Intensivstationen voll sind und das Personal am Anschlag, müssen wir uns eingestehen: Es ist noch nicht ausreichend gelungen.

Zu viele sind weiterhin ungeimpft. Zu viele, um die Verbreitung des Virus aufzuhalten. Zu viele, um besonders verletzliche Menschen vor Ansteckungen schützen zu können. Und zu viele, um ein Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung verhindern zu können. Immer neue Varianten werden bei zu niedriger Impfquote zu immer neuen Wellen führen. Das lehren uns die Erfahrungen mit Delta und Omikron. Deshalb ist es richtig, dass die Debatte über eine allgemeine Impfpflicht jetzt begonnen hat.

Unterwegs im Landkreis

Kreis

Bei einer spannenden Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Göppingen ging es um „Bezahlbaren Wohnraum vs. Flächenverbrauch“. In der Stauferlandhalle **Salach** referierte dazu unter anderem Rainer Böttcher, der Vorstand von FLÜWO Bauen Wohnen eG.

Stadt

Gute Nachrichten: Die Stadt **Göppingen** konnte mit ihrem Projekt „4KPlus Impulse Göppingen: Kommunikation-Kooperation-Kultur-Klima“ überzeugen und erhält 208.000 Euro aus dem Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte", damit Göppingen als Einkaufsstadt attraktiv bleibt.

Büro

Besuch im Bürgerbüro von einem Kamerateam: Im Interview mit dem ARD-Magazin FAKT des MDR nahm ich zur Situation der Mitarbeitenden in der sogenannten 24-Stunden-Betreuung Stellung. Wir wollen in dieser Legislaturperiode einen Rechtsrahmen schaffen, der die Betreuungskräfte schützt und für den betroffenen Familien bessere Orientierung bietet.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen

Heike Baehrens

SPD

Ein frohes Fest & einen guten Start ins Jahr 2022

wünschen Heike Baehrens und ihr Team

Bürgerbüro

Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 17 Dezember 2021, 10 Uhr